

1 **Selbstverständnis der BAG Kindheit und Jugend**

2

3 Die **Bundesarbeitsgemeinschaft Kindheit und Jugend** ist ein Zusammenschluss
4 der Partei DIE LINKE mit dem Ziel aktiv, energisch, beteiligend und geschlossen für
5 die Interessen, Rechte und Bedarfe der Kinder, Jugendlichen und ihren Familien zu
6 streiten. Als sozialistische Partei verfolgen wir "ein konkretes Ziel: Wir kämpfen für
7 eine Gesellschaft, in der kein Kind in Armut aufwachsen muss, in der alle Menschen
8 selbstbestimmt in Frieden, Würde und sozialer Sicherheit leben und die
9 gesellschaftlichen Verhältnisse demokratisch gestalten können."

10 Das beinhaltet auch das Recht aller auf eine beitragsfreie Bildung vom ersten
11 Lebensjahr an und über das Ausbildungs- und Hochschulalter hinaus bis zu Fort-
12 und Weiterbildungen im Erwerbsalter. Eine entsprechend gut ausgestattete
13 Infrastruktur mit gut ausgebildeten Fach- und Lehrkräften sollen für gute Lern- und
14 Lehrbedingungen sorgen. Bildung darf keine Ware sein.

15 In der BAG Kindheit und Jugend wollen wir die Kompetenzen, Ideen und
16 Erfahrungen bündeln, die unsere Genoss*innen auf den parlamentarischen Ebenen
17 in den Kommunen, Ländern und im Bund, in der beruflichen Praxis mit Kindern,
18 Jugendlichen und jungen Erwachsenen, in der Lehre und in der Forschung sowie
19 durch die Mitwirkung in Bündnissen und Initiativen gewonnen haben. Insbesondere
20 die Debatte um das Kinder- und Jugendstärkungsgesetz (KJSG) und ihr
21 Zustandekommen haben die Notwendigkeit für unsere Partei aufgezeigt, mehr zu
22 tun, Druck zu entwickeln und unsere Vorstellungen einer Kinder-, Jugend- und
23 Familienpolitik aus sozialistischer Perspektive durchzusetzen. In Netzwerken mit
24 anderen Selbstorganisationen, Gewerkschaften, Jugendorganisationen unserer
25 Partei und der BAG Bildungspolitik zu kooperieren und mit ihnen zu agieren, gehört
26 zu unserem Verständnis einer lernenden bündnisfähigen Partei dazu. Das schlechte
27 Abschneiden bei der Bundestagswahl 2021 zeigt auf, wo wir aufzuholen haben, auch
28 strukturell. Deshalb ist die Gründung dieser BAG Kindheit und Jugend ein wichtiger
29 Schritt in die richtige Richtung.

30 Es blieb in unserer politischen Arbeit viel liegen: bei der umfassenden Beteiligung
31 von Kindern und Jugendlichen, bei der wirksamen Bekämpfung von Kinderarmut,
32 hinsichtlich der Herstellung von Bildungsgleichheit, in Bezug auf die Abschaffung der
33 geschlossenen Unterbringung von Kindern und Jugendlichen oder bezüglich der
34 Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz, um nur einige Anliegen zu benennen,
35 die DIE LINKE angehen muss.

36 Die in der UN-Kinderrechtskonvention festgehaltenen Rechte von Kindern gelten
37 zwar auch in Deutschland, wurden allerdings noch immer nicht als besondere Rechte
38 in das Grundgesetz zu überführt. Zwar gelten die Kinder nach einem Urteil des
39 Bundesverfassungsgerichts als Träger der dort festgehaltenen allgemeinen
40 Grundrechte, doch können sie nicht ihre Rechte einfordern und einklagen. Das
41 können nur ihre Eltern. Sie sind also darauf angewiesen, dass ihnen die Gesellschaft

42 als Ganzes und ihre Institutionen Schutz bieten und ihre Rechte wahren. Der letzte
43 Versuch, die Kinderrechte nach UN-KRK wie das Recht auf Bildung, das Recht auf
44 Beteiligung oder das Recht auf körperliche und seelische Unversehrtheit im
45 Grundgesetz zu verankern, scheiterte schon bei einer Verhandlungsrunde mit allen
46 Bundestagsfraktionen am 8. Juni 2021. Das gilt es zu ändern!

47 Dabei liegen die dringenden Handlungsbedarfe zur Stärkung von Kinderrechten
48 gesellschaftspolitisch auf der Hand:

- 49
- 50 • Ausbau und Qualitätsverbesserungen der Bildungs- und Betreuungsangebote
51 in der Kindertagesbetreuung insbesondere bei Kindern im Grundschulalter.
 - 52 • Ausbau einer bedarfsgerechten Angebotsstruktur von Einrichtungen der offenen
53 Kinder- und Jugendarbeit, Familienzentren und Freizeitangeboten sowie der
54 Förderung verbandlicher Jugendarbeit.
 - 55 • Rückführung der ständigen Zunahme von Sorgerechtsentzügen und
56 Inobhutnahmen zugunsten eines Ausbaus familienunterstützender Leistungen
 - 57 • Ausbau der Schulen zu leistungsfähigen an internationalen Standards
58 orientierten Ganztagschulen
 - 59 • Flächendeckender Ausbau der digitalen Infrastruktur an allen Schulen und für
60 alle Schülerinnen und Schüler. (s. Hamburger Aufruf zur Stärkung von
61 Kinderrechten, 2020/21)
- 62

63 Mehr als ein Fünftel aller Kinder und Jugendlichen wachsen in Deutschland in Armut
64 auf. Die **Armut der Kinder** spiegelt die Armut ihrer Eltern wider. Prekäre
65 Beschäftigungsverhältnisse, die Arbeitslosigkeit über lange Zeiträume und die
66 Abhängigkeit der Eltern, darunter viele allein Erziehende, von sozialen
67 Transferleistungen wirken sich auf die Lebenssituation der Kinder und Jugendlichen
68 in schwerwiegender Weise aus. Wer weniger Geld für die eigenen Kinder aufbringen
69 kann, muss in Kauf nehmen, dass sie im Vergleich zu Kindern aus wohlhabenden
70 Familien ins Hintertreffen geraten und sich nicht wie diese in ihrer persönlichen
71 Entwicklung entfalten können. Das wirkt sich auf ihren schulischen Werdegang, auf
72 die Ausbildung, auf die sozialen Beziehungen, auf ihre psychische und physische
73 Gesundheit aus. Das Selbstwertgefühl, leidet darunter ebenso wie das
74 Durchhaltevermögen oder die Fähigkeit und der Mut, persönliche Zielsetzungen zu
75 entwickeln, weil Armutskinder sich weniger zutrauen. Armut wird nicht zuletzt von
76 ihnen selbst als Makel empfunden. Armut stigmatisiert noch immer und Armut
77 benachteiligt sie erheblich.

78 Die Kinder können ihre Lebenssituation nicht selbst ändern, das ist vor allem eine
79 umfassende gesellschaftspolitische Aufgabe. Es geht hierbei nicht nur um die
80 Ursachenbekämpfung von Armut, sondern auch darum, gesellschaftliche Prioritäten
81 zu setzen und eine Haltung zu entwickeln, die dazu führt, dass Kinder in ihrer
82 Persönlichkeit so gestärkt werden, dass sie selbstbewusst und mit einem gesunden
83 Selbstwertgefühl später ihr Leben selbst in die Hand nehmen können. Eine
84 **gebührenfreie Bildung für Alle** vom ersten Lebensjahr an, der flächendeckende
85 **Ausbau** von Kindertageseinrichtungen und Schulen, die Einführung von **Eine-**
86 **Schule-für-Alle, eine umfassende Partizipation von Kindern und Jugendlichen**

87 und eine eigenständige **Kindergrundsicherung** sind hierfür einige
88 Grundvoraussetzungen.

89 **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**

90 Junge Menschen haben ein Recht auf die Teilnahme und die Teilhabe an der
91 Gesellschaft. Ihnen muss es ermöglicht werden, in Interaktion und Kooperation mit
92 anderen Mitgliedern der Gesellschaft, die eigenen und die gemeinsamen
93 Lebensverhältnisse zu gestalten. Kinder sind selbst Expert*innen in ihrem
94 Lebensumfeld und in ihren Familien. Sie an der Quartiersentwicklung, an politischen
95 Entscheidungsprozessen, in Schulen und Freizeiteinrichtungen oder an der
96 Jugendhilfeplanung zu beteiligen, ist nur folgerichtig. Sie hinsichtlich ihres Wohls in
97 ihren Familien, hinsichtlich der Hilfen zur Erziehung und zu ihrem seelischen und
98 körperlichen Schutze an weitreichenden Entscheidungen und alternativen Lösungen
99 zu beteiligen ebenso.

100 Deshalb setzt sich die BAG dafür ein, bundesweit eine demokratische,
101 systematische, kontinuierliche und breite Beteiligung von Kindern und Jugendlichen
102 sicher zu stellen, um sie frühzeitig an allen Entscheidungs-, Entwicklungs-, Planungs-
103 und Gestaltungsprozessen in ihrem Lebensumfeld und hinsichtlich ihres
104 gesellschaftlichen Daseins zu beteiligen. Sie soll bei jungen Menschen zur
105 Selbstbestimmung und zur Wahrnehmung von gesellschaftlicher (Mit-)
106 Verantwortung führen. Die beinhaltet auch die Senkung des Wahlalters auf 16.

107 Auch die Einrichtungen der **Offenen Kinder- und Jugendarbeit** und Kinder- und
108 Familienzentren spielen diesbezüglich eine wichtige Rolle. Obwohl allerorten die
109 Bedeutung und Wichtigkeit der Offenen Arbeit betont wird, spiegelt die strukturelle
110 Mangelfinanzierung in diesem Bereich eine andere Realität wider. Es gibt zu wenige
111 Einrichtungen, zu wenig Personal, eine zu geringe materielle Ausstattung in
112 ländlichen Regionen, im Osten des Landes wie in vielen Ballungsräumen. Den
113 meisten Kommunen und Kreisen fällt es leichter, Zuwendungen zu kürzen oder
114 Einrichtungen ganz zu schließen als eine an den Bedürfnissen und an die Bedarfe
115 der jungen Menschen und ihrer Familien ausgerichteten Jugendhilfeplanung zu
116 betreiben. Sie werden in der Regel nicht gefragt oder auch nicht so beteiligt, wie es
117 zwingend notwendig wäre.

118 Es muss einer der Ziele der BAG und unserer Partei sein, die Offene Arbeit zu
119 stärken, im gesetzlichen Rahmen wie in der Praxis.

120 Die BAG Kindheit und Jugend streitet entschieden **gegen die geschlossene**
121 **Unterbringung** von Kindern und Jugendlichen und lehnt den Betrieb solcher Heime
122 ab. Die furchtbaren Vorkommnisse in den nunmehr geschlossenen Heimen der
123 Haasenburg GmbH haben Kinder traumatisiert und für ihr Leben gezeichnet.

124 Zwangsmaßnahmen, Isolierung und Entmündigung in der geschlossenen und häufig
125 genug auch in der offenen Unterbringung dienen ausschließlich der Brechung des
126 kindlichen und jugendlichen Willens und ihrer Persönlichkeit. Kinderrechte werden

127 hier missachtet. Derart untergebrachte Kinder und Jugendliche werden nur mit ihren
128 Defiziten betrachtet und eher als Täter empfunden, jedoch nicht als Menschen, die
129 zum Beispiel aufgrund besonderer familiärer Umstände Leid erfahren. Sie werden
130 Opfer einer schwarzen Pädagogik. Zwangsmaßnahmen lösen bei ihnen Stress aus
131 und unterbinden darüber ihre Lernfähigkeit. Dergleichen ist weder ein Fundament für
132 eine vertrauensvolle Beziehung noch für eine gesunde Bindung! Beides ist die
133 Grundvoraussetzung, um junge Menschen stark zu machen, später einmal
134 selbstbewusst, selbstständig und mit einem gesunden Selbstwertgefühl das Leben in
135 die Hand zu nehmen.

136

137 **Wohnungslose junge Menschen** leben in absolut prekären, belastenden und
138 nahezu schutzlosen Umständen. Sie benötigen nicht zuletzt ein niedrighschwelliges
139 Übernachtungsangebot wie Notschlafstellen und festen Wohnraum.

140 Wohnungsgesellschaften, Anbieter von Sozialwohnungen und
141 Wohnbaugenossenschaften sollen dazu verpflichtet werden, in verschiedenen
142 Quartieren Wohnungen für dieses Klientel dauerhaft zur Verfügung zu stellen, die
143 von Trägern und Projekten wie Werkstatt Solidarität Essen gGmbH oder Housing
144 First Berlin verwaltet werden. Wohnungslose junge Menschen benötigen solchen
145 Wohnraum ohne daran geknüpfte Vorbedingungen. Sie sollen erst einmal zur Ruhe
146 kommen, Zeit erhalten, sich zu sammeln. Darüber hinaus sollen sie die Möglichkeit
147 nutzen können, sich von Fachkräften in psychischer, gesundheitlicher und sozialer
148 Hinsicht unterstützen lassen zu können, die den jungen Menschen bei der
149 Bewältigung des Erlebten hilft und ihnen Lebensperspektiven eröffnet. Die Zahl der
150 sozialpädagogischen, straßensozialarbeiterischen, berufsberatenden und
151 therapeutischen Fachkräfte und der bezirklichen Hilfszentren zur Unterstützung der
152 jungen wohnungslosen Menschen muss kräftig erhöht werden.

153

154 Die bundesweit seit mehr als einem Jahrzehnt stark steigenden Meldungen von
155 Kindeswohlgefährdungen und der gewährten Hilfen zur Erziehung sowie die hohe
156 Zahl der Herausnahme von Kindern aus den Familien haben viele Entwicklungen
157 nach sich gezogen. Die **Sozialraumorientierung** und die Kooperation
158 unterschiedlicher Protagonisten in Netzwerken wurden auf den **Kinderschutz** und
159 auf das Ziel gelenkt, dort Angebote zur Vermeidung von **Kindeswohlgefährdungen**
160 zu schaffen und so Kostensteigerungen bei den **Hilfen zur Erziehung** zu verhindern.

161

162 Parallel dazu hat die **Ökonomisierung der Sozialarbeit** eine Beschleunigung
163 erfahren. Betriebswirtschaftliches Denken, die Konkurrenz der Träger untereinander,
164 neue Steuerungsmodelle, der Zwang zum Qualitätsmanagement, Entscheidungen
165 nach "Kassenlage", Beschaffung von Drittmitteln, Spezialisierung von
166 Dienstleistungsangeboten, hoher Dokumentationsaufwand und eine enorme
167 Regelungsdichte, Überwachungs- und Sanktionierungspraxis sowie
168 Steuerungsverfügungen, sobald der Etat sich zu erschöpfen droht, drängen die
169 Verwirklichung des eigentlichen Ziels des Kinderschutzes in den Hintergrund,
170 nämlich die Hilfe- und Schutzbedürftigen wirkungsvoll zu unterstützen. Es lastet ein
171 hoher Druck auf die Fachkräfte des **ASD** (Allgemeiner Sozialer Dienst) und bei der

172 ambulanten und stationären Jugendhilfe. Der Fachkräftemangel in diesen und
173 weiteren Jugendhilfebereichen führen auch zur Absenkung von Beratungs- und
174 Hilfeprozessen zulasten der Hilfebedürftigen. Die Personalfuktuation im ASD und bei
175 den Hilfen zur Erziehung ist aufgrund der belastenden Arbeitsbedingungen und der
176 unzureichenden tariflichen Entlohnung insbesondere in vielen Großstädten hoch. Die
177 Fachkräfte im ASD benötigen mehr Handlungsspielräume und weniger Kontrolle, um
178 das Kindeswohl zu sichern. Hier muss gegengesteuert werden.

179

180 Grundsätzlich sollten **sozialräumliche Gremien als offene Foren** für alle Menschen
181 wirken, damit sie ihre Wünsche, Bedarfe, Bedürfnisse, Erfahrungen und
182 Vorstellungen formulieren können. Schließlich kennen sie das Leben, die sozialen
183 Verhältnisse und die soziale Infrastruktur im Sozialraum. Sie würden ihre Sichtweise
184 auf den Sozialraum einbringen, die sich durchaus von der der Fachkräfte und aus
185 Politik und Verwaltung unterscheiden kann. Warum also nicht die Jugendhilfeplanung
186 und die sonstige Sozialraumplanung auf breitere Mitwirkungsfüße stellen? Sie mit
187 demokratisch verwalteten Sozialraumbudgets auszustatten, wäre folgerichtig. Es wird
188 wichtig sein, die den Umgang miteinander, die Debatteninhalte, Zielsetzungen und
189 Ergebnisse transparent zu gestalten und allen zugänglich zu machen. Es sollte in
190 diesem Zusammenhang die Durchsetzung eines Rechtsanspruchs auf eine
191 bedarfsgerechte Infrastruktur betrieben werden.

192

193

194

195

196

197 * Programm der Partei Die Linke, S. 4, Präambel

198

199

200

201